Regierungsratsbeschluss

vom 23. Januar 2007

Nr. 2007/111

Polizeieinsatz des Nordwestschweizer Polizeikonkordats (PKNW) zugunsten der Kantonspolizei Basel-Stadt zur Gewährung der Sicherheit in der Stadt Basel anlässlich einer bewilligten Anti-WEF-Demonstration vom 27. Januar 2007

1. Ausgangslage

Für den 27. Januar 2007 ruft eine Anti-WEF-Gruppierung zur Durchführung einer Demonstration in Basel gegen das WEF auf.

Nur Basel kristallisiert sich für den Samstag, 27. Januar 2007, als nationaler Anti-WEF-Demonstrationsstandort heraus. Gestützt auf die Erfahrungen aus früheren Jahren und mit der Begründung, dass die eigenen Kräfte der Kantonspolizei Basel-Stadt nicht ausreichen, um die Sicherheit in der Stadt Basel anlässlich der Demonstration zu gewährleisten, hat Regierungsrat Hanspeter Gass, Vorsteher des Sicherheitsdepartementes des Kantons Basel-Stadt, am 18. Januar 2007 ein Unterstützungsbegehren an die zuständigen Partner des Konkordats über die polizeiliche Zusammenarbeit in der Nordwestschweiz um Hilfeleistung im Konkordatsgebiet gestellt.

2. Erwägungen

Auf Grund der Erfahrungen ist mit einem Grossaufmarsch von zum Teil militanten Demonstranten zu rechnen. Der Polizeikommandant Basel-Stadt hat anlässlich der Polizeileitungssitzung vom 4. Januar 2007 entschieden, dass sowohl der personelle wie auch der materielle Mitteleinsatz anlässlich der bevorstehenden Anti-WEF-Demonstration mindestens in der gleichen Stärke wie letztes Jahr zu erfolgen hat. Grund dafür sind zusätzliche wichtige Veranstaltungen auf Stadtgebiet, die es ebenfalls zu schützen gilt.

3. Beschluss

Gestützt auf § 21 Abs. 1 des Gesetzes über die Kantonspolizei vom 23. September 1990 (BGS 511.11)

3.1 Dem Ersuchen der Kantonspolizei Basel-Stadt um Bereitstellung von Polizeikräften des Kantons Solothurn zur Durchführung eines Einsatzes anlässlich der Anti-WEF-Demonstration vom 27. Januar 2007 in Basel wird zugestimmt.

3.2 Das Polizeikommando wird beauftragt, dem Kanton Basel-Stadt die für diesen Einsatz erforderlichen personellen und materiellen Mittel zur Verfügung zu stellen.

- 3.3 Für die im Einsatz stehende Mannschaft gelten die Regeln des solothurnischen Gesamtarbeitsvertrages vom 25. Oktober 2004 (GAV, BGS 126.3). Die geleisteten Überstunden werden gestützt auf Art. 281 Abs. 2 GAV im Anschluss an den Einsatz vollumfänglich ausbezahlt. Der Vollzug der Auszahlung obliegt dem Personalamt.

K. Fuwam,

Dr. Konrad Schwaller
Staatsschreiber

Verteiler

Departement des Innern
Regierungsrat
Polizeikommando
Amt für Finanzen
Personalamt